Andreas Liese

Weder Baptisten noch Brüder

Die Entstehung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

1. Einleitung

Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG), der sowohl die Baptistengemeinden als auch einen Teil der Brüderbewegung umfasst, stellt eine besondere Glaubensgemeinschaft dar. Zwei ganz unterschiedliche Gemeinderichtungen haben sich 1941/42 zusammengeschlossen: nämlich der Bund der Baptistengemeinden in Deutschland und der Bund freikirchlicher Christen (BfC). Bis heute wird diskutiert, wie der Charakter dieses Bundes theologisch zu bewerten ist.¹ Im Folgenden soll der Entstehungsgeschichte des BEFG nachgegangen werden.

2. Die Vereinigungsbestrebungen in der ersten Hälfte des Jahres 1937

Schon 1933 hatte es aufgrund von Gleichschaltungsbefürchtungen Pläne zur Vereinigung der Gemeinschaften gegeben, die in der Vereinigung evangelischer Freikirchen organisiert waren. Ende des Jahres stellte man diese zurück, da man von offizieller Seite – sowohl staatlicher als auch kirchlicher – erfahren hatte, dass an eine Zwangseingliederung nicht zu denken sei.² Daran zeigt sich deutlich, dass diese Vereinigungsabsichten mehr oder minder in der Sorge um den organisatorischen Bestand begründet lagen.

Anfang 1937 wurde das Thema einer Vereinigung der Freikirchen erneut aufgegriffen. Aufschlussreich ist dabei, dass Ernst Lange, ein Vertreter der Offenen Brüder oder auch Kirchenfreien christliche Gemeinden (KcG), wie sie jetzt hießen, die Debatte eröffnete. Er veröffentlichte dazu eine Artikelserie in der Jugendzeitschrift „Tenne“ der Geschlossenen Brüder,³ in der er zur Überwindung der konfessionellen Zersplitterung aufrief. Die unterschiedlichen Auffassungen der Freikirchen zu bestimmten Themen wie bei-

¹ Vgl. *Uwe Swarat*, Der Gemeindebund – mehr als ein Zweckverband? In: Theologisches Gespräch, Beiheft 2 (2001), 3-32 (baptistische Sicht); *Hartwig Schnurr*, Die Einheit des Leibes Christi und die Konfessionsfrage in der Geschichte der Brüderbewegung, in: ebd., 33-39.

² Vgl. hierzu die Darstellungen in: *Andrea Strübind*, Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im „Dritten Reich“, 2. verb. Aufl., Wuppertal 1995; *Andreas Liese*, Verboten, geduldet, verfolgt. Die Religionspolitik des Nationalsozialismus gegenüber der Brüderbewegung, Hammerbrücke 2003.

³ Oft werden sie auch exklusive Brüder, Elberfelder Brüder, Darbisten oder Christliche Versammlung genannt.

spielsweise der Taufe sah er lediglich als minimale Lehrunterschiede an, die nicht länger kirchentrennend sein sollten.⁴

Zur gleichen Zeit äußerte sich Paul Schmidt, Direktor des Bundes der Baptistengemeinden, dahingehend, dass ein Zusammenschluss der „taufgesinnten“ Gemeinschaften notwendig sei.⁵

Anfang April fand eine Theologischen Woche für die baptistischen Prediger statt, auf der diese Thematik aufgegriffen wurde. Hier beschloss man, diesbezüglich Kontakte zu den Freien evangelischen Gemeinden (FeG), der Christlichen Versammlung (CV) und zu den KcG aufzunehmen.⁶

Führende Vertreter der Baptisten (u. a. Paul Schmidt) sprachen dann auch mit Ernst und Wilhelm Brockhaus von den Geschlossenen Brüdern. Schmidt führte dazu 1941 aus, dass Ernst Brockhaus, nachdem die Baptisten ihr Anliegen den „Brüdern“ unterbreitet hätten, geäußert habe, man habe Ähnliches selbst erwogen; auf einer Konferenz führender Vertreter der CV wolle man weiter darüber sprechen. Allerdings muss diese Aussage eher als eine private Meinungsäußerung gewertet werden, da, wie es auch die weitere Entwicklung zeigte, diese Aussagen überhaupt nicht repräsentativ für den Kreis der Führungspersonen der CV waren. Es wird hier nur deutlich, dass Ernst und Wilhelm Brockhaus, obwohl sie noch als deren führende Vertreter galten, sich letztlich schon von der Absonderungsdoktrin der Geschlossenen Brüder entfernt hatten.⁷

Kurz danach erfolgte das Verbot der CV.⁸ Es wurde ausgesprochen, weil die Gestapo davon ausging, dass diese Glaubensgemeinschaft eine den NS-Staat verneinende Haltung verkörpere. Im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Aufhebung des Verbotes kam auch der Vorschlag auf, dass die Versammlungschrsten sich den Baptisten anschließen könnten. Einer Verhandlungsdelegation der Christlichen Versammlung schlug Haugg, der zuständige Referent des Reichskirchenministeriums, vor, sich den Baptisten anzuschließen. Dieses Angebot wurde abgelehnt.

Haugg verfolgte allerdings diese Absicht weiter. So äußerte er sich nach der Gründung des Bundes freikirchlicher Christen (BfC) an die Gestapo mit der Frage, ob es überhaupt eine eigenständige Glaubensgemeinschaft BfC geben müsse und es stattdessen nicht sinnvoller wäre, diesen Personenkreis in den Bund der Baptisten einzugliedern.⁹ Die Gestapo bestand zwar

⁴ Lange, Die Überwindung der Konfessionen, in: Die Tenne 15 (1937), 11 ff., 37 ff., 65 ff. Diese Veröffentlichung gewann noch dadurch an Brisanz, dass der Herausgeber der Zeitschrift, Fritz von Kietzell, bis Anfang der 1930er Jahre ein führender Vertreter der Prinzipien der Geschlossenen Brüder, Anfang 1937 inzwischen in Opposition zu herrschenden Auffassungen stand.

⁵ Schmidt, zit. n.: *Strübind*, 215.

⁶ Vgl. *Liese*, 305.

⁷ Vgl. Archiv des Arbeitskreises „Geschichte der Brüderbewegung“, Wiedenest (AW), Bestand Zeiger, W. Schmidt / H. Loh an P. Schmidt und E. Wingenroth (BEFG), 15.01.1951; *Liese*, 305 f.

⁸ Siehe hierzu die ausführliche Darstellung bei *Liese*.

⁹ Bundesarchiv Berlin (BAB), R R 5101/23314, Bl. 159, Haugg an Gestapo, Juli 1937.

darauf, zuerst um der rechtlichen Klarheit willen den BfC als einen rechtsfähigen Verein in das Register einzutragen, gegenüber einem späteren Anschluss des BfC an den Bund der Baptistengemeinden hätte man jedoch keine Bedenken.¹⁰

Auch Rockschieß (1. Vorsitzender) und Schmidt (Bundesdirektor) von den Baptisten machten den Versammlungsvertretern den Vorschlag, sich ihnen anzuschließen. So meinte Schmidt damals, dass die Baptisten die CV in ihren Bund aufnehmen und die Garantie für eine Genehmigung durch die Gestapo übernehmen würden. Man würde aber „die Mitglieder der chr. Versammlung nicht zu Baptisten machen“; die Versammlungschristen könnten in der gewohnten Weise ihre Gottesdienste durchführen.¹¹ Im Prinzip hätte dies in etwa dem Verfahren entsprochen, das dann später auch hinsichtlich der Elim-Gemeinden praktiziert wurde. Das Angebot der Baptisten wurde von der Delegation der CV, der u. a. Ernst Brockhaus angehörte, aber abgelehnt.¹²

Die BfC-Gründung kann hier nur hinsichtlich ihrer Bedeutung für die BEFG-Entstehung geschildert werden. In den Kontakten mit der Gestapo stellte sich heraus, dass die Einschätzung der Gestapo, die CV verweigere grundsätzlich die Mitarbeit im NS-Staat nicht zutrifft; vielmehr gab es ein breites Spektrum von Loyalität gegenüber dem NS-Staat hin bis zu einer aktiven Mitarbeit. Daraufhin hob die Gestapo das Verbot aber nicht auf, sondern genehmigte die Gründung eines Bundes (BfC) denjenigen Versammlungschristen, die loyal zum NS-System standen.

Allerdings sollte der BfC nur ein Übergangsstadium darstellen. So heißt es in einer Zusammenfassung der Ausführungen Beckers bei der Vorstellung des Bundes, der nun gegründet werden sollte: „Darum betrachten wir die jetzt im Aufbau begriffene Organisation auch nur als eine vorläufige ... Wir hoffen, dass in Deutschland bald die Einheitsorganisation entstehen wird, die alle Gläubigen außerhalb der Landeskirchen umfasst, in die auch unsere neue Organisation aufgehen kann.“¹³ Zwar könnte man seine „Sonderüberzeugungen“ beibehalten, einen Sonderstatus für eine Gemeinschaft sollte es aber nicht mehr geben. Damit wird deutlich, dass Becker noch

¹⁰ Ebd., Bl. 164, Geheimes Staatspolizeiamt (Müller) an Haugg, 18.8.1937. Vgl. zum Ganzen Liese, 388 ff.

¹¹ Archiv Wiedenest, Bestand Jordy, Bd. 4, Bl.42, W. Geitz an H. Hartnack, 29.1.1946. Becker, der allerdings an diesem Gespräch nicht teilgenommen hatte, schildert dieses Angebot später so, als ob die Versammlungschristen, die dieses Angebot angenommen hätten, dann Baptisten geworden wären (Privatarchiv Kretzer, Becker auf der Konferenz ehemaliger BfC-Gemeinden Westdeutschlands im BEFG, Wuppertal-Elberfeld, 12./13.8.1945, 13).

¹² Privatarchiv Kretzer, Ansonge an R. Kretzer, 24.10.1949.

¹³ Elberfelder Zusammenkunft vom 30. Mai 1937 (kurze Zusammenfassung der Ausführungen von Dr. Hans Becker), abgedr. in: *Hartmut Kretzer* (Hg.), *Quellen zum Versammlungsverbot des Jahres 1937 und zur Gründung des BfC*. Mit einer historischen Einordnung und Kommentaren des Herausgebers, Neustadt/Weinstraße 1987, 82-88 (85).

über die Intentionen Schmidts hinausging; dieser wollte erst einmal 1937 die Taufgesinnten zusammenfassen. Becker dagegen wollte beispielsweise auch die Methodisten in eine „vereinigte“ Freikirche aufnehmen. Festzuhalten ist, dass mit dem BfC unter der Führung Beckers jetzt ein entschiedener Förderer der freikirchlichen Einheit entstanden war.

Kurz soll noch der Charakter der neuen Organisation BfC skizziert werden. Die Erlaubnis zu ihrer Gründung wurde allein Becker gegeben, der Bund war ausschließlich auf ihn bezogen. Er war nach dem Führerprinzip aufgebaut, rechtlich gesehen stellte er später lediglich einen eingetragenen Verein dar, da die Hoffnung auf Erlangung der Körperschaftsrechte sich zerschlagen hatte. Alle neu eintretenden Gemeindeglieder wurden von der Gestapo überprüft, Kollekten durften nicht abgehalten werden. Eine örtliche BfC-Gemeinde wurde von einem Ortsbeauftragten geleitet, der persönlich von Becker eingesetzt wurde. Ca. 90% der Versammlungschristen traten in den BfC ein.¹⁴

Schon kurz vor der Gründung des BfC hatte Lange von den KcG sich mit konkreten Überlegungen zu den Einigungsvorschlägen der Baptisten geäußert. Er begrüßte diese Bestrebungen und meinte in diesem Zusammenhang, wenn diese im Sinne der Regierung wären, sei dies „als ein Eingreifen Gottes“ zur Förderung der Einheit zu begrüßen. Sollte die Bildung einer „Einheitsgemeinde“ die Position der freikirchlichen Christen im Staate stärken, wäre dies positiv zu bewerten. Dabei ging Lange davon aus, dass die Körperschaftsrechte auch auf die erweiterte Gemeinde ausgedehnt werden könnten. Dies würde man „ebenso selbstverständlich gerne annehmen“, wie „bei einem Regenschauer den Regenschirm eines Bruders“ mitzubedenken. Konkret sprach sich Lange dann für die Selbstständigkeit der Ortsgemeinden aus; er forderte allerdings auch, dass man alle Sonderbezeichnungen aufgeben müsse, wobei er besonders die Baptisten ansprach. Die Bezeichnung der neuen Organisation müsse möglichst einen neutralen Charakter tragen, wie etwa „Bund der Christengemeinde oder Christenbund“. Am Ende seiner Ausführungen, die auch schon genaue organisatorische Vorschläge enthielten, forderte Lange zum sofortigen Beginn der Vereinigungsarbeit auf.¹⁵

Bald nach der Gründung des BfC kam es dann zu einem bedeutsamen Treffen – initiiert durch E. Lange – von Vertretern des BfC, der Baptisten und der KcG in Kassel.¹⁶ Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass Vertreter der FeG, obwohl dies immer wieder behauptet wird, an diesem Treffen nicht teilnahmen.¹⁷

¹⁴ Vgl. die Darstellung bei *Liese*, 323-387.

¹⁵ Oncken-Archiv Elstal (OAE), Bestand Büro des Bundesdirektors, *Ernst Lange*, Gedanken über die Einigungsvorschläge der Baptisten, 26.5.1937.

¹⁶ Siehe hierzu und im Folgenden: AW, Bestand Zeiger, Niederschrift über die Brüderversammlung, 20.08.1937.

¹⁷ Siehe hierzu die Anwesenheitsliste der Besprechung (ebd.).

Gleich zu Anfang – die Baptisten nahmen zeitweise an den Diskussionen nicht teil – verständigten sich die Vertreter der beiden Brüderkreise darauf, die Vergangenheit – damit war v. a. die Spaltung von 1848 gemeint¹⁸ – nicht mehr als etwas Trennendes anzusehen und sich über bestimmte Fragen wie beispielsweise der Gemeindegliederung zu verständigen und einen Anschluss der KcG an den BfC anzustreben; dieses Ergebnis wurde in einer offiziellen Erklärung beiden Gemeinschaftskreisen bekannt gegeben.¹⁹

In der großen Runde erörterte man dann Möglichkeiten einer Vereinigung der Baptisten mit beiden Brüdergruppen, wobei man zwei Optionen diskutierte; dabei stellte sich heraus, dass die Gesprächsteilnehmer die erste, nämlich eine lockere „Dachorganisation“ verwarfen und sich für die zweite, nämlich „eine wirkliche Einheitsorganisation“ aussprachen, in der die „einzelnen Gemeinden möglichst selbständig bleiben könnten“. Man verkannte aber nicht, dass sich die Realisierung eines derartigen Vorhabens enorm schwierig gestalten würde.

Im weiteren Verlauf der Gespräche wurde die Tauffrage diskutiert. Dabei machten die Baptisten eine bemerkenswerte Konzession: Obwohl man grundsätzlich daran festhalten wollte, nur den als Gemeindeglied aufzunehmen, der als Erwachsener getauft worden sei, würde man am Anfang akzeptieren, dass bisher aufgenommene Mitglieder, die die Kindertaufe erfahren hätten, trotzdem als vollgültige Mitglieder betrachtet werden könnten. Für zukünftige Mitglieder der neuen Gemeinde sollte jedoch weiter das Prinzip der Erwachsenentaufe gelten. Die „Brüder“ ihrerseits erklärten, dass auch sie die Erwachsenentaufe propagierten, aber diese nicht als „Vorbedingung“ für die Zulassung zum Abendmahl ansähen.

Zum Schluss diskutierte man die Frage der Körperschaftsrechte der Baptisten. Es ergab sich der Konsens, dass diese erhalten bleiben bzw. auf die neue „Einheitsorganisation“ übertragen werden sollten. Da die Bezeichnung Baptisten für die Brüder nicht tolerierbar sein würde, müsste man ihrer Meinung nach der Organisation eine neue Bezeichnung und neue Satzungen geben. Dies wurde von der baptistischen Seite akzeptiert. Schmidt, Becker und Schatz wurden am Ende des Treffens beauftragt, beim RKM zu klären, wie sich die Regierung zu einer beabsichtigten Vereinigung stellen würde.

Das befragte Ministerium ließ verlauten, dass man bei einer Vereinigung von Freikirchen nicht mit Schwierigkeiten rechne.²⁰ Diese Auskunft konnte man dort auch geben, weil Haugg – wie schon oben dargestellt – die Auskunft von Müller (Gestapa) erhalten hatte, dass einem späteren Anschluss des BfC an den Bund der Baptistengemeinden nichts im Wege stünde.

¹⁸ Damit ist die Spaltung der englischen Brüderbewegung in „Exclusive“ und „Open Brethren“ gemeint.

¹⁹ Erklärung: An die Mitglieder des Bundes freikirchlicher Christen und der Kirchenfreien christlichen Gemeinden vom 29.8.1937, abgedr. in: *Kretzer* (Hg.), *Quellen*, 125.

²⁰ Kurzbericht (KB; Kurzberichte des Bundeshauses des Bundes der Baptistengemeinden bzw. des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden) für August 1937.

Mit dem Kasseler Gespräch vom August zeichnete sich schon zu diesem Zeitpunkt genau die Konstellation ab, die dann schließlich 1941/42 zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden führen sollte. Dass dieser nicht schon damals gebildet wurde, lag v. a. an dem ursprünglichen Gedanken einer Freikirche der taufgesinnten Christen, selbstverständlich unter Beteiligung der Freien evangelischen Gemeinden.²¹

3. Zusammenschlüsse 1937/38

In der Folgezeit hatten sich Baptisten und BfC neben weiteren Bemühungen hinsichtlich der Bildung eines gemeinsamen Gemeindebundes zusätzlich mit separaten Vereinigungen ihrer Gemeindebünden mit anderen Gemeinschaften zu beschäftigen.

3.1 Anschluss der KcG (Offene Brüder) an den Bund freikirchlicher Christen²²

Dieser Punkt ist im Zusammenhang des Themas aus zweierlei Gründen von Interesse: Zum einen hörte damit eine freikirchliche Gemeinschaft auf zu bestehen, mit der die Baptisten hätten gesondert verhandeln müssen; allerdings wurden Vertreter der KcG dann in die Führungsgremien des BfC aufgenommen. Zum anderen zeigt sich an dieser Vereinigung, was zu dieser Zeit politisch gewollt war. Nicht zuletzt wurde von den beteiligten Brüdergruppen diese Vereinigung als ein erster Schritt auf dem Weg zur Überwindung der konfessionellen Zersplitterung gedeutet.

Nach dem Kasseler Treffen vollzog sich auf Seiten des BfC der Zustimmungsprozess problemlos. Auf verschiedenen Treffen von Verantwortlichen aus den Ortsgemeinden wurde dem Vorhaben einer Vereinigung mit den KcG zugestimmt.

Kontroverser verlief der Diskussionsprozess bei den KcG. Obwohl nicht verboten, wurden den KcG von der Gestapo zunehmend Auflagen gemacht. So musste man ein Verzeichnis der Gemeinden einreichen, von Konferenzen vorher Mitteilung machen usw. Auch wurde die Gemeinschaft von der Gestapo überwacht. Letztlich lief es auf die Bildung einer Organisation analog der des BfC hin.²³ Auch aus diesem Grund befürwortete die Führung der KcG ein Zusammengehen mit dem BfC. An der Basis gab es allerdings Widerstände, die aber schließlich auf der traditionellen Glaubenskonferenz im November 1937 überwunden werden konnten. Am Tag nach der entscheidenden Abstimmung erschienen Vertreter des BfC; dieser Auftritt

²¹ So auch schon P. Schmidt auf der Gründungsversammlung des BEFG 1941 in Berlin (OAE, Rede auf der Gründungsversammlung, 22.2.1941).

²² Vgl. die ausführlichen Darstellungen bei *Gerhard Jordy*, Die Brüderbewegung in Deutschland, Bd. 3, Wuppertal 1986 und *Liese*.

²³ *Liese*, 309.

wurde als ein historischer Moment begriffen, da damit die Spaltung der Brüderbewegung zumindest in Deutschland aufgehört hatte zu bestehen.

Die Verantwortlichen der KcG veröffentlichten später Erklärungen, in denen man die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gerade auch gegenüber den Skeptikern begründete. Diese Ausführungen sind aber in sich widersprüchlich. So meinte man einerseits, dass der Aufbau einer mehr hierarchischen Organisation lediglich eine staatliche Empfehlung darstelle. Einige Sätze später musste man jedoch einräumen, wenn man dieser Auflage nicht nachgekommen wäre, hätte man mit einem Verbot rechnen müssen. Da der BfC die verlangten Organisationsstrukturen aufwies, schien ein Anschluss an ihn folgerichtig.

Auch in der weiteren Begründung zeigt sich eine gewisse Ambivalenz. So sprach man einerseits davon, dass die Vereinigung von Gott gewirkt sei, verwies aber andererseits auf „das Gebot der Stunde“, womit die neue Einheit der deutschen „Volksgemeinschaft“ gemeint war. Damit zeigt sich hier schon ein Ineinander von religiösen und politischen Motiven bei der Begründung des Zusammenschlusses.²⁴ Nicht erwähnt wurde der Sachverhalt, dass es ohne das Verbot der CV, die Gründung des BfC und die für die KcG bedrohliche Situation zu diesem Zusammenschluss nicht gekommen wäre.

Aufschlussreich ist noch ein kurzer Blick auf das Vereinigungsverfahren, das ausschließlich vom BfC gestaltet wurde. So erhielten auch die Gemeinden der ehemaligen KcG Ortsbeauftragte, die eine Bestätigung des Bundesbeauftragten Becker benötigten; die Mitgliederlisten waren ebenfalls den „zuständigen Polizeistellen“ vorzulegen. Obwohl die KcG nicht verboten waren, wurden sie jetzt wie die verbotene CV behandelt und der gleichen staatspolizeilichen Kontrolle unterworfen.

Bemerkenswert ist, dass der Anschluss der KcG an den BfC von der Gestapo ausdrücklich gebilligt und unterstützt wurde. So wies das Geheime Staatspolizeiamt den Staatspolizeistellen im Deutschen Reich in einem Rundschreiben auf den Vereinigungsbeschluss und das entsprechende Procedere hin.²⁵ Damit kann man sagen, dass diese Vereinigung im Sinne des NS-Regimes war. Der praktische Anschluss der KcG an den BfC vollzog sich Anfang des Jahres 1938.

3.2 Anschluss der Elim-Gemeinden an den Bund der Baptistengemeinden Deutschlands

Auch die Baptisten nahmen eine Glaubensgemeinschaft auf, und zwar die pfingstlerische Gemeinschaft „Elim“.²⁶ Die Elim-Gemeinden, ca. 1927 maßgeblich unter der Leitung Vietheers entstanden, waren nach 1933 in das

²⁴ Ebd., 317.

²⁵ Ebd., 318.

²⁶ Vgl. dazu auch *Strübind*, 223 ff.; die erste Elimgemeinde war 1926 durch H. Vietheer entstanden.

Visier der Verfolgungsbehörden geraten; es kam auch zu kurzzeitigen lokalen Verboten. 1936 befürwortete die Gestapo ein Verbot der Elim-Gemeinden wegen „Verwirrung der Volksgenossen“.²⁷ Trotz dieser Einschätzung erfolgte diese Maßnahme aber nicht. Nachdem Vietheer und Schmidt auf einer Tagung für Schriftleiter in Kontakt gekommen waren,²⁸ schlugen die Baptisten im September dem RKM die Aufnahme der Elim-Gemeinden vor. Nach vielen Verhandlungen stimmte man dann dort – nach vorher eingeholter Zustimmung des Gestapa – Ende Dezember 1937 diesem Ansinnen zu. Bedingung war dabei, dass sich die Elim-Gemeinden auflösen mussten und die betreffenden Mitglieder sich nur einzeln den Baptistengemeinden anschließen konnten.²⁹ Das Gestapa hatte dabei klar gemacht, dass es keine Zusammenschlüsse von Mitgliedern ehemaliger Elim-Gemeinden dulden würde; auch sei im Falle von korporativen Anschlüssen, d. h. beim Eintritt gesamter Gemeinden in den baptistischen Bund, mit staatspolizeilichen Maßnahmen zu rechnen.³⁰ Dittert, ein führender Vertreter der Elim-Gemeinden weiß zu berichten, dass aber gerade dies dann doch geschah. So schreibt er über den Zusammenschluss Anfang 1938, dass die Elim-Gemeinden offiziell aufgelöst wurden, dann wurden Baptistengemeinden gegründet, denen die ehemaligen Elim-Leute einzeln beitraten.³¹ So überlebten die Elim-Gemeinden weitgehend geschlossen unter einem anderen Namen. Nur in kleineren Orten kam es zu Vereinigungen von Gemeinden.³²

Die praktische Realisierung der Aufnahme der Elim-Gemeinden sollte dann aber später doch noch zu Komplikationen führen. So warf die Gestapo den Baptisten vor „sie hätten die Elim-Gemeinden nur aufgenommen, um diese vor dem Verbot zu retten“.³³ Auch Schmidt spricht davon, dass die Gestapo den Baptisten den Vorwurf gemacht habe, „diesen Zusammenschluss nicht loyal entsprechend der Auffassung der Geheimen Staatspolizei durchgeführt“ zu haben.³⁴

Hinzuweisen ist noch darauf, dass dieses Zusammengehen sowohl innerhalb der BL als auch im ganzen Bund auf heftige Kritik stieß. Letztlich war die Aufnahme der Elim-Gemeinden nicht ein Zusammengehen von

²⁷ BAB, R R 5101, Bl. 27-30, Gestapo an das RKM, 26.6.1936; man warf den Elim-Gemeinden außerdem noch vor, die Gläubigen materiell auszubeuten.

²⁸ *Dieter Hampel*, Die Elimbewegung und ihre Stellung innerhalb des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R., unveröffentlichte Seminarabschlussarbeit Buckow (OAE), 13.

²⁹ BAB, R R 5101 (Ministerium für kirchliche Angelegenheiten), 23851, Bl. 92, RKM an den Bund der Baptistengemeinden, 31.12.1937.

³⁰ Ebd., Bl. 91, Gestapo an das RKM, 13.12.1937.

³¹ Die Elim-Chronik, nachgezeichnet und persönlich miterlebt von *H. Dittert*, Dokumente des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden, BFP-Doc-086, o.J., 47.

³² *Hampel*, 15; so z. B. in Schneeberg, Plauen, Breslau.

³³ Privatarchiv Kretzer: *Carl Koch*, Rückblick und Ausblick, gehalten auf der Konferenz ehemaliger BfC-Gemeinden, 1945.

³⁴ *Paul Schmidt*, Unser Weg, 11 (Rechenschaftsbericht für die Bundesratstagung des BEFG vom 24./25.5.1946 über den Weg des Bundes zwischen 1941 und 1945).

zwei Bündeln sondern eine ‚von oben‘ durchgeführte Aufnahme wie Strübind es treffend formuliert.³⁵ Vietheer der Leiter der ehemaligen Elim-Gemeinschaft wurde als Bundesevangelist übernommen und das Eigentum der Gemeinschaft wurde auf den Bund der Baptistengemeinden übertragen.³⁶

4. Vereinigungsbemühungen bis 1939

Wie schon erwähnt, sollten auch die Freien evangelischen Gemeinden (FeG) an dem Vereinigungsprozess beteiligt werden. So kam es im September 1937 zu einem weiteren Gespräch in Kassel – diesmal mit ihrer Beteiligung. Allerdings zeigten sich hier zwischen Baptisten einerseits und FeG andererseits unüberbrückbare Gegensätze bezüglich der Frage „Taufe und Gemeindegliedschaft“.³⁷

Bei den KcG zeigten sich ebenfalls kontroverse Positionen. So begründete Schatz, ein führender Vertreter der KcG, seine Ablehnung eines Zusammengehens u. a. damit, dass es sich bei den Baptisten um einen „Predigerbund“ handle, in den er als ein Angehöriger der Brüderbewegung nicht eintreten könne; außerdem kritisierte er auch die baptistische Taufauffassung.³⁸ Lange bezog eine gegenteilige Position. Er plädierte für einen Bund mit unterschiedlichen Bekenntnissen: so könnten es mehr baptistisch ausgerichtete Gemeinden mit entsprechender Auffassung bezüglich von Taufe und Gemeindegliedschaft geben und von Gemeinden, die die Mitgliedschaft nicht an die Erwachsenentaufe koppelten. Eine derartige Konstruktion sei möglich, weil die Baptisten zum einen bereit wären ihren Namen zugunsten eines neutralen aufzugeben und zum anderen für eine umfassende Abendmahlsgemeinschaft einzutreten.³⁹

Ein weiteres Gespräch von Vertretern der noch immer vier Freikirchen im Dezember des Jahres 1937 führte zu keiner Überbrückung der Gegensätze. So konstatierten die Leitungen des Baptistenbundes und des BfC das vorläufige Ende aller Vereinigungsversuche. Gleichzeitig distanzierte sich die BL des BfC von Bemühungen Langes doch zu einer Einigung zu gelangen.⁴⁰ Festzuhalten bleibt, dass zu diesem Zeitpunkt auch die BL des BfC zu einem Zusammengehen nicht bereit war, was eindeutig an den Vertretern der ehemaligen KcG lag.

Kräftige Impulse für ein Zusammengehen vermittelte dann die traditionelle Bibelkonferenz des BfC in Elberfeld. Diese traditionsreiche Zusammenkunft der Geschlossenen Brüder, die bis dahin immer aus einer gemeinsamen Besprechung eines Bibeltextes bestanden hatte, fand 1938 erst-

³⁵ Vgl. Strübind, 227f.

³⁶ Vgl. den KB für März 1939.

³⁷ KB für September 1937.

³⁸ AW, Bestand Zeiger, Schatz an verschiedene Brüder [u. a. Becker], 21.9.1937.

³⁹ Lange, Gedanken über den Vorschlag der Baptisten, einen neuen Bund zu bilden, 1.10.1937 (Privatbesitz).

⁴⁰ Vgl. Liese, 405.

malig als eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Die Ekklesia im Neuen Testament“ statt. Auf ihr referierten, neben Rednern aus den beiden Brüdergruppen, auch der Baptist Luckey (Seminar in Hamburg) und Wächter von den FeG. Diese Konferenz bewirkte besonders bei den „Brüdern“ erneut ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit und motivierte sie, wieder auf die Bildung einer gemeinsamen Freikirche zuzugehen.⁴¹ Die „Brüder“ beschlossen nach der Konferenz zum einen als nächsten Schritt eine engere Zusammenarbeit mit Gemeinden anderer Freikirchen auf lokaler Ebene, andererseits beschlossen sie – im Gegensatz zu den Verlautbarungen Anfang des Jahres – wieder mit den Baptisten in Richtung der Bildung eines gemeinsamen Bundes zusammenzuarbeiten.⁴² Dies wurde von den Baptisten wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Ende 1938 wurden dann die sog. Wittener Richtlinien verabschiedet, die zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Baptisten, BfC und FeG führen sollten; so beispielsweise im Bereich der Evangelisation.⁴³

Zu einem weiteren Höhepunkt des Einigungsprozesses kam es dann im April 1939 auf der 2. Gemeinschaftstagung von Predigern der Baptisten, der FeG und von Vertretern des BfC in Solingen, Auf der Höhe. Hier wurde eine Entschließung verabschiedet, in der die Anwesenden ihre Bundesleitungen aufforderten, konkrete Schritte zu unternehmen. So sollten sich alle drei Gruppen „unter Wahrung ihres Sondergutes unter einer gemeinsamen Bundesleitung“ zusammenschließen. Diese Gemeinschaft müsste einen neuen Namen erhalten. Für die folgende Zeit wurde geplant, gemeinsame Abendmahlsfeiern durchzuführen. Allerdings enthielten sich bei der Abstimmung einiger Vertreter der FeG.⁴⁴ Aufschlussreich ist, dass Schmidt ausdrücklich konstatierte, zwischen den Brüdern des BfC und denen der Baptisten hätte „volles Einvernehmen“ bestanden.⁴⁵

Auf der Elberfelder Konferenz 1939 zeigte sich, dass der BfC weiterhin auf die Bildung eines größeren Bundes setzte. So beschlossen seine Vertreter, „die Vereinigung der drei Bünde in einem zu verwirklichen und, falls die Freien evangelischen Gemeinden sich dazu noch nicht in der Lage sehen sollten, den Zusammenschluss mit den Baptisten allein zu vollziehen“.⁴⁶

Damit wurde zum ersten Mal deutlich, dass man von der Vorstellung der Vereinigung aller taufgesinnten oder auch gemeindemäßig ausgerichteten Christen, zu denen man immer die FeG gerechnet hatte, nun Abstand nehmen wollte.

⁴¹ Vgl. *Liese*, 406f.

⁴² Vgl. AW, Bestand Zeiger, Becker, An die Mitglieder des Reichsbrüderrates, 13.8.1938.

⁴³ Vgl. *Jordy*, 205.

⁴⁴ Entschließung v. 20.4.1939, Anhang zum Kurzbericht für den Monat April.

⁴⁵ Kurzbericht April 1939.

⁴⁶ Zit. n. *Riemenschneider*, Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden. Bericht über seine Entwicklung, in: *Die Gemeinde*, 32/33 (1974), 6ff.

Ausgerechnet die FeG luden dann zu einer Besprechung von Vertretern aller in der VEF vertretenen Gemeinschaften nach Patmos ein; diese Begegnung zeigte aber die unüberwindbaren Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Freikirchen auf.⁴⁷ So beschloss man im September 1939 alle Pläne zur Schaffung einer gemeinsamen Freikirche bis nach Kriegsende zurückzustellen.⁴⁸

5. Die Entstehung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

5.1 Seine Gründung 1940/41

Überraschend ist es dann festzustellen, dass noch nicht einmal anderthalb Jahre später die Bundesversammlung der Baptisten die Aufnahme des BfC und eine Verfassung für den neuen Bund beschloss. Zu fragen ist, was die plötzliche Entwicklung verursachte.

Schon ab 1939 kann man eine verstärkte Zusammenarbeit von Baptisten und „Brüdern“ beobachten. So unterstützte der BfC zeltewangelistische Bestrebungen der Baptisten und erklärte sich bereit, in der baptistischen Ostmission mitzuarbeiten. Die baptistische Bundesleitung beschloss ihrerseits die Kontakte zur Bibelschule Wiedenest zu verstärken und dort Schulungen durchzuführen. Becker und Schmidt suchten gemeinsam die Gestapo auf, um anstehende Probleme zu klären.⁴⁹

Aufgrund von nicht mehr im Einzelnen rekonstruierbaren Problemen – es ging offensichtlich um den Status von Brüderversammlungen in Westpreußen, die sich nicht dem BfC anschließen konnten⁵⁰ – wandte sich Walter Brockhaus, der Geschäftsführer des BfC, in einem Schreiben an die BL des BfC und schlug die Bildung einer gemeinsamen Dachorganisation von BfC und Baptisten vor; dieser hätten sich dann die Gemeinden in Westpreußen anschließen können. Außerdem würde der BfC an den Körperschaftsrechten partizipieren. Als einen weiteren Grund für das sofortige Zusammengehen mit den Baptisten führte Brockhaus den vermeintlichen Tatbestand an, dass man zu diesem Zeitpunkt noch Bedingungen bei der Vereinigung stellen könne. Im Falle einer befürchteten Zwangsvereinigung würde der zahlenmäßig stärkste Kreis – und somit die Baptisten – die Modalitäten diktieren können.⁵¹

⁴⁷ Streitpunkte stellten u. a. das methodistische Bischofsverständnis und die baptistische Taufauffassung dar (Liese, 408).

⁴⁸ Vgl. Liese, 407f.

⁴⁹ Ebd., 408f.

⁵⁰ *Jordy*, 220, weist darauf hin, dass der BfC nur für das Gebiet des Deutschen Reiches galt.

⁵¹ WA, Brockhaus an die Brüder der BL des BfC, 16.10.1940, in: *Friedhelm Menk*, Die Brüderbewegung im Dritten Reich. Das Verbot der „Christlichen Versammlung“ 1937, Bielefeld 1986, 141 u. 143.

Nach Eingang dieses Schreibens handelte Becker schnell: Schon am 23./24.10.1940 wurde auf der Sitzung der BL der Baptisten ein Schreiben verlesen, in dem Becker „eine rasche organisatorische Verschmelzung“ der beiden Bünde vorschlug. Man beschloss Sondierungen im RKM vorzunehmen.⁵² Aufschlussreich ist dabei, dass aus dem Vorschlag von Brockhaus nach Schaffung einer losen Dachorganisation jetzt die Forderung nach einer völligen Vereinigung geworden ist.

Die eben schon zu beobachtende Eile setzte sich fort. Noch im Oktober suchten Becker, Schmidt und E. Sauer den Referenten Haugg auf und erkundigten sich, „ob jetzt eine Vereinigung im Sinne unserer seit 1937 geführten Gespräche möglich sei“. Dieser teilte ihnen mit, „dass nach dem Krieg kleineren christlichen Kreisen wohl kaum noch eine Existenzberechtigung zugestanden werde. Die Frage, ob eine Übertragung der Körperschaftsrechte der Baptisten bei einer Namensänderung möglich sei, wurde bejaht“.⁵³ In der Bundespost hieß es zum Ergebnis dieses Gespräches: „Es ergab sich, dass die Möglichkeit [nämlich einer Vereinigung] noch bestehe“.⁵⁴

Am 1./2.11.1940 stellte die BL des BfC auf ihrer Sitzung in Dortmund dann die entscheidenden Weichen in Richtung Zusammenschluss. Nachdem Becker über die positive Stellungnahme Hauggs berichtet hatte, fasste die BL den Beschluss, sich mit den Baptisten zu vereinigen.⁵⁵

Schon am 3.11.1940 traf man sich mit den Verantwortlichen der Baptisten. Nachdem in der Besprechung verschiedene Einzelfragen geklärt und Missverständnisse ausgeräumt worden waren, beschloss die BL des BfC, „ihren Gemeinden die Vereinigung mit dem Bund der Baptistengemeinden zu empfehlen und durchzuführen“.⁵⁶ Auf folgender Grundlage sollte der Zusammenschluss u. a. durchgeführt werden: der gemeinsame Bund würde einen neuen Namen tragen, eine gemeinsame Leitung und eine einheitliche Ordnung haben; außerdem sollte es die „Freiheit der Einzelgemeinde im kultischen Leben wie bisher“ geben. (ebd.) Man einigte sich bereits sogar auf ein mögliches Personaltableau: Rockschieß (Baptisten) und Becker (BfC) sollten erster bzw. zweiter Vorsitzender werden, Schmidt und Vogelbusch paritätisch die Geschäftsführung übernehmen.⁵⁷ Damit war die Vereinigung faktisch beschlossen worden, obwohl noch kein Gremium der Baptistengemeinden dazu eine Entscheidung getroffen hatte. Dieser Umstand und fehlende Informationen führten zu großem Unmut an der Basis.⁵⁸

⁵² OAE, Protokoll- Bundesleitung (Bapt), 23./24.10.1940.

⁵³ Protokoll BL-Sitzung des BfC, 1./2.11.1940, zit. n. *Menk*, 143.

⁵⁴ Bundespost (BP) 1940/3, 1 (Rundbriefe aus dem Bundeshaus des Bundes der Baptistengemeinden bzw. des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden). *Jordy*, 223.

⁵⁵ BP 40/3, 1.

⁵⁶ AW, Bestand Jordy, Bd. 3, *Riemenschneider*, Geschichtliche Daten des BfC.

⁵⁷ Vgl. *Güntber Balders*, Kurze Geschichte der deutschen Baptisten, in: *ders.* (Hg.), Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. Festschrift 150 Jahre Baptistengemeinden in Deutschland, Wuppertal/Kassel 1984, 113.

Auf der sonntäglichen Sitzung hatte man auch beschlossen, eine Abordnung (Hartnack vom BfC, Zimmermann von den Baptisten) zu den FeG zu schicken mit der Einladung, sich an der Bildung eines gemeinsamen Bundes zu beteiligen.⁵⁹ Allerdings sagten diese dann Ende November ab; im Bundesbericht 1940/41 wurde dazu ausgeführt, man anerkenne in den Gemeinden, „dass diese Frage ruhen müsse, bis unsere Brüder aus dem Kriegsdienst wieder daheim“ seien. Derartige Entscheidungen könnten die Gemeinden nur „in voller Einmütigkeit“ treffen, da ansonsten die Gefahr neuer Differenzen bestehe.⁶⁰ Hieran wird deutlich, wie erheblich die Vorbehalte bei den FeG hinsichtlich der Aufgabe der Eigenständigkeit waren; die von Schmidt ursprünglich verfolgte Vision der Einheit der Taufgesinnten unter Einschluss der FeG war nun allerdings endgültig gescheitert.

Nach den Beschlüssen von Dortmund informierte die BfC-Führung darauf den Reichsbrüdererrat – sozusagen die Mitgliederversammlung des BfC – und die Leiter der örtlichen BfC-Gemeinden (Ortsbeauftragte) über die angestrebte Vereinigung mit den Baptisten. Gleichzeitig kündigte sie an, auf der traditionellen Herbstkonferenz der „Brüder“ noch im November eine entsprechende Beschlussfassung der Bundesleitung und des Reichsbrüdererrates herbeizuführen; an der Diskussion sollten Leiter der örtlichen Gemeinden dreier Regionen Deutschlands teilnehmen. Für die übrigen Gemeindeleiter – darunter die wichtige Gruppe der westdeutschen Leiter – sollte es lediglich „Aufklärungsversammlungen“ geben.⁶¹

Die BL der Baptisten billigte ihrerseits am 6. November den beabsichtigten Zusammenschluss und die Ergebnisse der Besprechung mit den BfC-Verantwortlichen: der neue Bund sollte eine „einheitliche Rechtsgestalt“, einen neuen Namen und eine geänderte Verfassung erhalten. Den BfC-Gemeinden wurde eine „kultische Selbständigkeit“ zugesagt.⁶² Auf der Sitzung der baptistischen BL am 16.11. wurde dann das Vereinigungsverfahren präzisiert: Der Baptistenbund würde den BfC in sich aufnehmen, deshalb sei eine Verfassungsänderung notwendig. Damit wurde deutlich, dass – juristisch betrachtet – es sich nicht um einen Zusammenschluss gleichberechtigter Gemeinschaften handeln würde, da der BfC nach seiner Auflösung im Bund der Baptisten aufgehen würde. Dieses Procedere war aber notwendig, um dem Bund die Körperschaftsrechte zu erhalten. Am Ende der Sitzung wurde die vorgelegte Verfassung verabschiedet; diese sollte dann – so der Beschluss – „nunmehr mit dem BfC verglichen werden“, um sie dann dem Reichskirchenministerium vorlegen zu können.⁶³

⁵⁹ BP 40/3, 2.

⁶⁰ Bund Freier evangelischer Gemeinden (Hg.): Bundesbericht 1940/41. Für die Amtsträger und Mitarbeiter in den verbundenen Freien evangelischen Gemeinden, Witten (Ruhr) 1941, 22.

⁶¹ Liese, 412.

⁶² OAE, Protokoll- BL, 6.11.1940. Vgl. auch *Strübind*, 289; Begegnungen und Bemühungen um Zusammenschluß der deutschen Freikirchen von 1937 bis 1941, in: Die Gemeinde, 21 (1969), 11f.

⁶³ OAE, BL-Protokoll, 16.11.1940, Bl. 61.

Der von Becker intendierte Entscheidungsprozess stieß allerdings im BfC auf Widerstand; dies betraf v. a. den Sachverhalt, dass die westdeutschen Gemeindeleiter lediglich informiert werden sollten.⁶⁴ Auch gab es durchaus inhaltliche Kritik; so wurde u. a. gefragt, welche Veränderungen es gegeben hätte, die eine Revision der Entscheidung vom Februar 1938 notwendig machten.⁶⁵

Nachdem Becker sich zu einer Korrektur des Verfahrens entschlossen hatte, stimmte der Reichsbrüdererrat des BfC – die Mitgliederversammlung – auf seiner Sitzung in Elberfeld am 15.12. dem Zusammenschluss zu.⁶⁶ Einen Tag später traf man sich mit der BL der Baptisten in Elberfeld zu einer gemeinsamen Sitzung; folgende Entscheidungen wurden auf ihr getroffen:

1. Die baptistischen Vereinigungen und BfC-Bezirke sollten zu einheitlichen regionalen Untergliederungen ausgebaut werden.
2. Schmidt und Becker sollten zum RKM gehen, um die „behördliche Genehmigung“ zu erlangen.⁶⁷
3. Der BfC als Ganzes soll nicht mit dem Baptistenbund „verschmolzen“ werden, sondern jeder sollte sein Sondergut behalten, womit die jeweilige theologische Ausrichtung gemeint war.⁶⁸

Am 3.1.1941 sprachen Schmidt und Becker bei Haugg vor, um die Vereinigung der beiden Bünde abschließend zu erörtern. In diesem Gespräch einigte man sich auch auf den Namen des neuen Bundes. Man hatte ursprünglich überlegt, sich die Bezeichnung „Bund evangelisch freikirchlicher Christengemeinden“ zuzulegen.⁶⁹ Es kam jedoch die Befürchtung auf, dass eine Verwechslung mit der Christengemeinschaft, einer anthroposophischen Gruppierung, möglich wäre. In dem Gespräch legte man Haugg eine Liste von verschiedenen denkbaren Namen vor; dieser entschied sich für die auch in Elberfeld vorgeschlagene Bezeichnung „Bund evgl.-freikirchlicher Gemeinden“. Er empfahl wegen der Länge des Wortes den Zusatz „Christengemeinden“ zu streichen. Mit dem Kürzel „evgl.-freikirchlich“ für den Personenkreis des neuen Bundes zeigte er sich einverstanden.⁷⁰

Bereits am 11.1.1941 konnte dem Kirchenministerium der Entwurf einer von Hartnack (BfC) und Fehr (Baptisten) erarbeiteten Bundesverfassung vorgelegt werden.

⁶⁴ Vgl. W. Bomnüter, Schreiben an die Geschäftsführung des BfC, 14.11.1940, abgedr. in: *Menk*, 146.

⁶⁵ So z. B. E. Berning in einem Schreiben an E. Sauer, 15.11.1940, abgedr. in: ebd., 147.

⁶⁶ Vgl. Rundschreiben des BfC 5/40, 20.12.1940. Alle anwesenden Mitglieder des Bundesrates stimmten der Vereinigung zu, auch die abwesenden hätten nachträglich ihre Zustimmung signalisiert. „Die Vereinigung soll daher mit Wirkung vom 1.1.1941 vollzogen werden.“

⁶⁷ Vgl. *Jordy*, 226.

⁶⁸ AW, *Riemenschneider*, Geschichtliche Daten des BfC, o. O. o. J.

⁶⁹ Vgl. OAE, BL-Protokoll, 16.11.1940, Bl. 62.

⁷⁰ OAE, Nachlass Luckey, Becker an Luckey, 6.1.1941.

Da man offenbar dort mit der Zustimmung der Gestapo rechnete, stimmte das Ministerium schon im Januar der Verfassungsänderung zu und erklärte, dass die Bundesversammlung der Baptisten ihre Entscheidungen treffen könne.⁷¹ Bezeichnend für die Eile war, dass das Reichskirchenministerium schon am 20.1. – also gut ein Monat vor der formellen Zustimmung der Bundesversammlung der Baptisten – dem Polizeipräsidenten den Antrag auf eine Satzungsänderung übermittelt hatte. Hier zeigt sich noch einmal, dass sich der Entscheidungsprozess bei den Baptisten noch mehr als im BfC als eine Angelegenheit der Bundesleitung darstellte.

Am 20.2. wurde auf der Sitzung der BL der Baptisten bekannt gegeben, eine mündliche Zustimmung zur neuen Verfassung seitens des RKM sei erfolgt. Hinsichtlich der Taufe solle in der Präambel ein Hinweis auf das noch zu erarbeitende Glaubensbekenntnis erfolgen.⁷² Die neue Verfassung koppele die Mitgliedschaft in der Gemeinde nicht mehr an die Taufe.⁷³

Einen Tag später nahm dann der baptistische Bundesrat nach kontroverser Diskussion – hier ging es vor allem um die Selbstständigkeit der Ortskirche – die Verfassung mit zwei Gegenstimmen an.⁷⁴ Am 22.2. tagte die Bundesversammlung des Bundes der Baptistengemeinden in Berlin (Gubener Str.); entscheidender Tagesordnungspunkt war der Vorschlag „zur Änderung seines Namens in ‚Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, K.d.ö.R.‘ und Vereinigung mit dem ‚Bund freikirchlicher Christen‘ durch Aufnahme[!] -Beschluss der am 3.1. erarbeiteten Bundesverfassung“.⁷⁵

Am 22.2.1941 beschloss die Bundesversammlung, sich in den *Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* umzubenennen und den BfC aufzunehmen. In den Redebeiträgen wurden verschiedene Aspekte der Vereinigung erläutert und eine kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung gegeben. Die Diskussion behandelte ausführlich die Tauffrage. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Verfassung keinen Taufexklusivismus enthielte: Gemeindemitglied sollte man durch das Bekenntnis des erfahrenen Heils werden.⁷⁶ Man unterschied dann zwischen sog. „geschlossenen Gemeinden“, d. h. die bisherigen Baptistengemeinden und „offenen“ Gemeinden, d. h. ehemaligen Brüderversammlungen, denen u. U. Menschen angehörten, die nicht als Gläubige getauft worden waren.⁷⁷

⁷¹ Vgl. den KB für Januar 1941.

⁷² OAE, BL-Protokoll, 20.2.1941, 74.

⁷³ Amtsblatt (AB) des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Nr. 9 (20.9.1943), Verfassung, Art. I. Die Gemeinde, 2. „Mitgliedschaft: Die Mitgliedschaft in einer Gemeinde, wird erworben a) durch Aufnahme auf Grund eines Bekenntnis zum erfahrenen Heil“.

⁷⁴ OAE, Bundesrats-Protokoll, 21.2.1941; vgl. auch *Strübind*, 290.

⁷⁵ *Riemenschneider*, Bund, 7f.

⁷⁶ OAE, Bundesversammlung, Anlage 3, Die Verfassung, 3. Die Frage der Taufe.

⁷⁷ Ebd., Rede von P. Schmidt, 4; vgl. *Luckey*, Äußerer Zwang und innere Motive. War der Zusammenschluß dreier taufgesinnter Gruppen im Jahr 1941 ein Modellfall für kirchliche Einigung?, in: *Die Gemeinde*, 4 (1960), 4.

In den Reden von Becker und der Baptisten-Vertreter wurde noch einmal die religiöse Tragweite dieser Entscheidung beschworen. Es gab eine gewisse Euphorie; fraglich ist, ob diese in den einzelnen Gemeinden wirklich ankam. Den Abschluss der Bundesversammlung bildete eine Abendmahlsfeier nach Art der Brüdergemeinden und eine nachmittägliche Festversammlung. Auf letzterer wurden besonders von Becker in seiner Rede noch einmal politische Akzente gesetzt, die heute Befremden auslösen.

Die Beschlüsse der Bundesversammlung wurden dann dem RKM vorgelegt. Im März gab der BfC in seinem letzten Rundschreiben bekannt, dass der Zusammenschluss mit den Baptisten vollzogen sei, der Bund der Baptistengemeinden und der BfC hätten aufgehört zu existieren; man hätte eine gemeinsame Geschäftsführung bestehend aus P. Schmidt und W. Vogelbusch gebildet.⁷⁸ Auch die anderen Gremien wurde paritätisch besetzt. Damit war innerhalb von gut zwei Monaten der Zusammenschluss von bisher zwei eigenständigen Religionsgemeinschaften vollzogen worden.

Da das RKM von einer unverzüglichen Zustimmung der Gestapo ausging – man war dort der Meinung, dass die oben geschilderte Auffassung Müllers, der inzwischen das Amt IV (Geheimes Staatspolizeiamt) im Reichssicherheitshauptamt leitete, aus dem Jahre 1937 noch immer galt –, hatte man signalisiert, dass mit einer schnellen staatlichen Anerkennung zu rechnen sei. Deshalb meinte man schon als BEFG agieren zu können. So hatte der Bundesrat am 22.2. eine neue Bundesleitung bestehend aus Baptisten und BfC-lern berufen, die am gleichen Tage zusammentrat und eine Geschäftsverteilung festlegte; für die einzelnen Bereiche wurden Sachbearbeiter bestimmt.⁷⁹ Auch auf der regionalen Ebene wurden schon BEFG-Strukturen geschaffen. So wurde die Vereinigung Rheinland-Westfalen aufgelöst. Der neuen Vereinigung Rheinland traten die entsprechenden BfC-Bezirke bei; Leiter der Vereinigung wurde M. Siebert.⁸⁰ Ortsbeauftragter der BfC-Gemeinde Gummersbach und bis dahin Beauftragter des Bezirks Nr. 13 (Köln).⁸¹

Obwohl empfohlen worden war, von lokalen Umbenennungen bis zum Eintreffen der schriftlichen Genehmigung Abstand zu nehmen,⁸² fand der neue Name auch auf der örtlichen Ebene schon Verwendung. So lud die Leipziger Baptistengemeinde unter der neuen Bezeichnung Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde (EFG) zu einer evangelistischen Veranstaltung ein.⁸³

⁷⁸ BfC-RdSchr. 1/41. Die Geschäftsstelle des BfC in Elberfeld wurde aufgelöst.

⁷⁹ OAE, Protokoll - BL (BEFG), 22.2.1941; so war aus der BL für den Bereich Staat, Kirchen, Freikirchen, Schmidt zuständig; Lange war Sachbearbeiter; für den Bereich Seminar und Bibelschule waren Pohl, Fehr, Becker und Prof. Neuffer (vormalig CV) von der BL zuständig.

⁸⁰ KB für März, 1941; vgl. auch *Riemenschneider*, Bund, 8. Schon am 10.3. kam der neue Vereinigungsrat zusammen.

⁸¹ AW, Bestand, Zeiger, Verzeichnis der BfC-Gemeinden, 46.

⁸² KB für März, 1941.

⁸³ Staatsarchiv Leipzig, Bestand PP-V 4896, nicht fol., Stapostelle Leipzig, Vermerk v. 20.7.1941.

Zu fragen ist zum einen, weshalb man im Herbst 1940, obwohl man ein gutes Jahr vorher beschlossen hatte, Vereinigungsbestrebungen bis auf die Zeit nach dem Krieg zu verschieben, jetzt doch plötzlich die rasche Bildung eines gemeinsamen Bundes anstrebte. Zum anderen stellt sich die Frage, weshalb dieser Einigungsprozess in dieser Eile ablief.

Zur ersten Frage enthält die Literatur sowohl aus der Sicht des BfC als auch der des Baptistenbundes eine Reihe von Erklärungen. So stellt Strübind für die baptistische Seite an mehreren Stellen ihrer Untersuchung kirchenpolitische Gründe heraus. Ein Zusammenschluss von freikirchlichen Kreisen konnte zu einem Bedeutungsgewinn führen. Schon hinsichtlich der Theologischen Woche von 1937 kommt sie zum Schluss, dass es hier im Wesentlichen um die „Existenzsicherung“ ging.⁸⁴ Sie betont gerade diesen Aspekt, weil später – so ihre Einschätzung – eine „Legendenbildung“ einsetzte, die das geistliche Moment immer stärker gewichtete.⁸⁵ Auch hinsichtlich der Aufnahme der Elingemeinden spricht sie von einem „Relevanzgewinn“.⁸⁶

Hinsichtlich des Zusammenschlusses von Baptisten und BfC und v. a. auch der an den Tag gelegten Eile muss sie allerdings – im Gegensatz zur Motivation des BfC – konstatieren, dass die „Motivation der Baptisten für diesen schnellen Zusammenschluss weitaus schwieriger zu erfassen“ sei als für den BfC.⁸⁷ Sie verweist neben theologischen Gründen noch einmal auf Stärkung der eigenen Position durch die Vereinigung von freikirchlichen Gruppen. Auch sieht sie, dass die Baptisten 1940 immer größeren Schwierigkeiten ausgesetzt waren. So gab es beispielsweise Anklagen gegen baptistische Prediger. Man musste – so die BL im Sommer – feststellen, dass das Christentum immer mehr aus der Öffentlichkeit gedrängt wurde. Außerdem gab es im Herbst 1940 in kirchlichen Kreisen die Erwartung hinsichtlich einer kriegsentscheidende Wende. Deshalb begann man, Vorschläge bezüglich der Einigung von Landeskirchen dem Reichskirchenministerium vorzulegen.

Die „plötzlich aufgenommenen Vereinigungspläne ... könnten von diesen Plänen“ oder nur von einer „Situationsanalyse“ motiviert gewesen sein. Man wollte eventuellen staatlichen Maßnahmen nach dem Krieg als große Freikirche zuvorkommen; dies würde – so Strübind – auch die ganze Hektik des Einigungsprozesses erklären.⁸⁸ Für den BfC verweist sie auf den Brief von Brockhaus an die BL des BfC und schließt sich Menk an, der von einer „nüchterne[n] Existenzentscheidung“ spricht.⁸⁹

Jordy untersucht sehr gründlich die Frage, weshalb der BfC unbedingt die organisatorische Einheit mit anderen Freikirchen und 1940 dann mit

⁸⁴ Strübind, 220.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Ebd., 228.

⁸⁷ Strübind, 293.

⁸⁸ Ebd., 293 ff.

⁸⁹ Menk, 143, zit. n. Strübind, 293.

den Baptisten herstellen wollte. Er kommt dabei zu einer differenzierten Antwort. Auch er sieht zuerst einmal den Zwang der äußeren Umstände;⁹⁰ er hebt aber auch sehr deutlich die Verquickung der theologischen Begründungen mit Bezugnahme auf das „Gebot der Stunde“ hervor. So wurde argumentiert, dass Gott die praktische Verwirklichung der Einheit der Gemeinde wollte; es wurde aber auch immer wieder betont, dass in dieser Zeit, in der entscheidende Veränderungen erwartet wurden, die Einheit der Gemeinde ein mächtiges Zeugnis darstellen würde. Der Geist Gottes würde gerade in dieser Zeit besonders das Bedürfnis nach Einheit bei den Christen hervorrufen. Die nationale Begeisterung jener Tage beeinflusste in großem Maße – so Jordy – das Streben nach kirchlicher Einheit.⁹¹ Zum Schluss verweist Jordy noch auf das „hierarchische Moment“, das er in zweierlei Hinsicht entfaltet. So erwähnt er zum einen die Tatsache, dass Becker als Reserveoffizier der Luftwaffe sich immer weniger den Angelegenheiten des BfC zuwenden konnte; zum anderen meint Jordy, dass Becker in dem Bundesdirektor P. Schmidt einen kongenialen Verhandlungspartner fand. Diesen beiden Führerpersönlichkeiten sei es dann möglich gewesen den Zusammenschluss zu einem schnellen Abschluss zu bringen.⁹²

Für die Eile des Vereinigungsprozesses, die er für „befremdlich“ hält, macht er dann die militärische Entwicklung des Jahres 1940 verantwortlich. Die siegreichen Feldzüge führten nicht nur dazu, dass das deutsche Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht war, sondern die politisch-militärische Entwicklung, in der man Gott am Wirken sah, beeindruckte die Christen ungeheuerlich. In dieser Zeit hatte das Volk Gottes zusammen zu stehen.⁹³

Der erste Aspekt des „hierarchischen Moments“: die militärische Verwendung Beckers – dieser Sachverhalt wurde schon von P. Schmidt 1946 in seinem Rechenschaftsbericht ausführlich erwähnt. So führte er aus, dass Ende 1940 abzusehen war, dass mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen gewesen sei; Becker habe so „die Besprechungen wieder auf[gegriffen] mit der Begründung, dass es ihm bei dem Umfang seines Kriegsdienstes unmöglich sei, die Verantwortung für den BfC in der notwendigen Weise weiterhin zu tragen“.⁹⁴ Auch Luckey wies später auf diesen Aspekt hin, wenn er schreibt, dass „der Umstand“ der Einberufung Beckers „nun zu einer schnellen Klärung der Lage“ drängte.⁹⁵

⁹⁰ Jordy, 219.

⁹¹ Ebd., 211-216

⁹² Ebd., 218.

⁹³ Ebd., 221f.

⁹⁴ P. Schmidt, Unser Weg, 3f.

⁹⁵ Hans Luckey, Äußerer Zwang und innere Motive, in: Die Gemeinde 3 (1960), 4 ff., 4 (1960), 4 ff.; Balders schließt sich dieser Meinung an; der Krieg habe den Vereinigungsprozess beschleunigt. Dabei sei von Bedeutung, dass Becker und die wenigen, die eine derartige Angelegenheit organisatorisch bewältigen konnten, „nach und nach dienstverpflichtet wurden“, so dass die Sache eilte (Balders, 112); auch Kretzer sieht

Dabei ist anzumerken, dass Becker schon im August 1939 zur Luftwaffe einberufen worden war.⁹⁶ Aufgrund seines Dienstes war er „oft monatelang abwesend“.⁹⁷ Deshalb konnte er sich nicht mehr angemessen um die Angelegenheiten des BfC kümmern. Bei der Fortdauer des Krieges musste aber auch damit gerechnet werden, dass Becker zu Schaden kommen könnte. Angesichts der ausschließlichen Bindung des BfC an seine Person wäre das Problem aufgetaucht, ob die Gestapo einem anderen die Fortsetzung des Bundes erlaubt hätte. Die Aufnahme in den Baptistenbund – unter Wahrung seiner Eigenständigkeit – würde dem Brüderkreis das Überleben sichern. Dazu kam, dass eine Vereinigung mit einer anderen freikirchlichen Glaubensgemeinschaft stets seiner theologischen Grundüberzeugung entsprochen hatte. Außerdem – darauf weist Luckey hin – war mit dem Zusammenschluss auch die Erwartung gegeben, die Strukturen der BfC-Gemeinden normalisieren zu können. Darüber hinaus gilt die Feststellung, dass auch in der Bundesleitung des BfC, zu der viele Brüder gehörten, die Becker theologisch nahestanden, das Bedürfnis nach einer organisatorischen Vereinigung mit anderen christlichen Gruppierungen stark vorhanden war.

Zur Frage der Eile, die bisher nur wenig überzeugend erklärt worden ist, lässt sich sagen, dass Becker ab Dezember Zeit hatte, sich persönlich um den Zusammenschluss zu kümmern. Er war nämlich vom 1.12. an für eine Tätigkeit bei der Hoesch AG Dortmund, seinem bisherigen Arbeitgeber, unabkömmlich (uk.) gestellt.⁹⁸ Damit hatte er die Möglichkeit zusammen mit P. Schmidt aktiv an der Entstehung des gemeinsamen Bundes zu arbeiten.

Zu klären ist noch, weshalb sich die Baptisten auf diesen Vereinigungsprozess einließen und große Zugeständnisse gegenüber dem BfC machten, wozu besonders die Aufgabe des traditionsreichen Namens „Baptisten“ und die Kompromissbereitschaft in der Tauffrage gehörten. Auch hier ist noch einmal zu sagen, dass Schmidt besonders ab 1937 an exponierter Stelle sich für das Zusammengehen mit anderen Christen ausgesprochen hatte und dabei auch nicht zurückgeschreckt war, verbotenen bzw. vom Verbot bedrohten Gruppen zu helfen. Der angestrebte Zusammenschluss stellte nun für Schmidt – auch unter der Berücksichtigung der Gemengelage von religiösen und nationalen Motiven – einen großen Schritt in Richtung einer möglichst großen freikirchlichen Glaubensgemeinschaft dar.

Man könnte aber auch überlegen, ob sich die Baptisten durch ein Zusammengehen mit dem BfC nicht eine bessere Position gegenüber der NSDAP und der Gestapo erhofften. Schmidt spricht von Schwierigkeiten, die die

in dem von Schmidt angegebenen Grund die Hauptursache für die Vereinigung Ende 1940 (Quellen, Historische Einordnung, 55 f.).

⁹⁶ Becker gibt in seinem Entnazifizierungsverfahren an, 1939 zur Wehrmacht einberufen worden zu sein (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland [Düsseldorf], NWEntnazifizierungsakte Becker, Fragebogen).

⁹⁷ Kretzer, Historische Einordnung (Quellen), 55.

⁹⁸ Bundesarchiv-Zentralnachweisstelle, Angaben zu Becker.

Baptisten gegen Ende der 30iger bzw. Anfang der 40er Jahre seitens der Gestapo erfahren mussten. Besonders durch die Zeltmission und die Aufnahme der Elim-Gemeinden – darauf wurde weiter oben schon eingegangen – sei man in das Blickfeld der Gestapo geraten.⁹⁹ Es sei deshalb nur eine Frage der Zeit gewesen, wann „stärkere Eingriffe“ besonders in die missionarische Arbeit zu gewärtigen seien, da man den Baptisten vorgeworfen habe, die missionarische Arbeit im Osten zu propagandistischen Zwecken zu missbrauchen. Weiterhin kritisierte die Gestapo, dass die Baptisten durch die Verbindung mit Gemeinden der osteuropäischen Mission sich „mit verbotenen Christengruppen vereint hätten“ und damit „das nationalsozialistische Volksempfinden“ verletzt hätten.¹⁰⁰

Haugg bemerkte im Nachhinein, dass ab 1935 vielen Glaubensgemeinschaften seitens der Gestapo ein Verbot gedroht hätte. „Die Aktion“ sei soweit gegangen, „dass die Existenz der evangelischen Freikirchen bedroht“ gewesen wäre. Dies hätte sich sowohl auf Baptisten als auch auf Methodisten bezogen. Seinem, Hauggs, Bemühen wäre es gelungen, dies abzuwenden.¹⁰¹ Auch die Interventionen seitens der Gestapo 1942, den BfC von einer Vereinigung mit den Baptisten abzubringen belegt diese Einschätzung. So heißt es in dem schon erwähnten Bericht Kochs 1945: Becker sei „mehrfach ersucht worden, den Zusammenschluss nicht zu betreiben“; dabei sei er darauf hingewiesen worden, dass im Falle eines Verbotes der ehemaligen Baptistengemeinden nach der Vereinigung auch die früheren BfC-Gemeinden davon betroffen wären. Noch im Augenblick der Genehmigung hätte der zuständige Referent von Amt IV B Becker gefragt, „ob er sich klar sei über die gefährdete Stellung der Baptisten und der damit verbundenen Gefährdung auch der Gemeinden des früheren BfC“.¹⁰²

Schmidt seinerseits berichtete, dass die Gestapo sowohl Becker als auch ihm gegenüber „ihre Meinung über den Zusammenschluss unmissverständlich zum Ausdruck gebracht [hat], und versucht [hat], den Zusammenschluss zu hintertreiben“.¹⁰³

Deshalb ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass sich auch die Baptisten in der Verbindung mit dem BfC eine Sicherung ihrer Existenz versprochen, da dieser und besonders auch sein oberster Repräsentant (Becker) offensichtlich in der Gunst der Gestapo stand.

⁹⁹ Auf diesen Vorwurf hatte – wie oben dargestellt – auch Koch in seinem Rückblick 1945 hingewiesen.

¹⁰⁰ Schmidt, Unser Weg, 10f. Deutsche Kirchen im Osten, die beispielsweise in großer Zahl polnische Mitglieder aufnahmen, wurden verboten (BAB, 5301, 23388, Bl. 177, Chef der Sipo und des SD an das Reichsministerium für Propaganda, 1.10.1940; in diesem Fall ging es um ein Verbot der STA im Reg.Bez. Bromberg, so hätte es in einer Gemeinde von 13 Mitgliedern nur „2 Volksdeutsche“ gegeben).

¹⁰¹ Privatarhiv Kretzer, Haugg an R. Kretzer, 5.11.1969.

¹⁰² Ebd., Koch, Rückblick und Ausblick, 11.

¹⁰³ Schmidt, Unser Weg, 5.

Abschließend ist zu sagen, dass man sich mit dem neuen Gemeindebund nicht nur in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Zeit sondern auch mit den Zielen des NS-Staates wähnte.

5.2 Das Warten auf die Genehmigung

Die weitere Entwicklung machte aber deutlich, dass die Schaffung eines gemeinsamen Bundes den Zielen der maßgeblichen Kräfte des NS-Regimes nicht entsprach. Bei Nachfragen vernahm man in den nächsten Monaten, dass das Ersuchen noch geprüft werde. Ende September wurde dann dem RKM vom PP mitgeteilt, dass „aus grundsätzlichen staatspolizeilichen Zwängen heraus“ dem Antrag auf „Verfassungsänderung“ der Baptisten „nicht zugestimmt werden“ kann.¹⁰⁴ Damit schien die geplante Vereinigung gescheitert zu sein. Intern wurde dies aber so nicht weitergegeben. So hieß im monatlichen Bericht lediglich, dass „mit einer Verzögerung“ der Genehmigung zu rechnen sei; man bleibe weiterhin aber bestrebt, „alle noch schwebenden Fragen zu klären“.¹⁰⁵

Dass jetzt im RSHA – wahrscheinlich dürfte dabei an Heydrich zu denken sein – im Gegensatz zu früheren Auskünften anders entschieden wurde, hängt sicherlich im Wesentlichen damit zusammen, dass nun der besondere Charakter des BfC, der dem NS-Regime große Vorteile bot, im Fokus der Entscheidung stand. Schon W. Brockhaus meinte, dass der BfC aufgrund seiner auf Becker bezogenen Organisation für die Gestapo eine ideale Glaubensgemeinschaft darstellte. Außerdem: Da Heydrich, der Chef des SD und der Gestapo, für die Entstehung des BfC verantwortlich gezeichnet hatte, wollte er diese Religionsgemeinschaft nicht auflösen.¹⁰⁶

Damit hatte sich aber – im Gegensatz zum RKM – die Haltung der Gestapo geändert. Die jetzige Haltung entsprach dagegen mehr den Auffassungen des SD, der schon frühzeitig gegen Zusammenschlüsse von Religionsgemeinschaften Stellung bezogen hatte. Auch deckte sich diese Haltung genau mit der religionspolitischen Linie, die in einem geheimen Rundschreiben der NSDAP von Bormann formuliert worden war: „Das Interesse des Reiches liegt nicht in der Überwindung, sondern in der Erhaltung des kirchlichen Partikularismus.“¹⁰⁷ Auch Schmidt erkannte, dass die beabsichtigte Vereinigung nicht im Sinne der dominierenden Kräfte des Regimes war. So meinte er noch im Mai 1942, dass „die Tendenz, Zusammenschlüsse der Christen nicht zu fördern, anzuhalten“ schien.¹⁰⁸

Trotzdem wurde weiter versucht, die Zustimmung der Gestapo zu erlangen. So intervenierte Becker selbst im Gestapa bei dem zuständigen Re-

¹⁰⁴ BAB, R 5101, 23399, Bl. 70f., Schreiben v. 23.9.1941.

¹⁰⁵ KB für September 1941.

¹⁰⁶ Liese, 424f.

¹⁰⁷ Martin Bormann, Nationalsozialismus und Christentum sind unvereinbar, abgedr. in: George L. Mosse, Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler, Königstein/Ts 1978, 270ff. (272).

¹⁰⁸ OAE, Protokoll des Arbeitsausschusses der BL, 9.5. 1942, 46.

ferenten; ihm wurde mitgeteilt, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien.¹⁰⁹ Auch Haugg bemühte sich weiterhin um eine Zustimmung der Gestapo.¹¹⁰ Nach einer längeren Wartezeit teilte dann Haugg Ende Oktober 1942 den Baptisten mit, dass die Verfassungsänderung genehmigt worden sei. Mit der staatsaufsichtlichen Genehmigung war der Bund der Baptisten nun offiziell in den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden umbenannt worden.¹¹¹ Die Beteiligten erlebten die Genehmigung als „überraschend“¹¹² und als ein „Geschenk“. Man konnte aber nicht umhin, dies dann als „Anerkennung ... [der] politischen Rechtschaffenheit“ zu deuten. Im gleichen Atemzug erhoffte man sich eine Intensivierung des „Gemeinschaftslebens“.¹¹³ Auch hier zeigt sich wieder deutlich die Vermengung der Motive.

Die im Oktober 1942 ausgesprochene Genehmigung wirft Fragen auf. Zuerst muss festgestellt werden, dass es offensichtlich dem RKM und hier natürlich dem Referenten Haugg im Herbst 1942 gelungen war, die Gestapo zur Revision ihrer Entscheidung vom Vorjahr zu bewegen. Dies wurde ausdrücklich von P. Schmidt in seiner Eigenschaft als Bundesdirektor des BEFG in einem „Leumundszeugnis“ für das Entnazifizierungsverfahren Hauggs erklärt: So habe Haugg dem Baptistenbund „wesentlich geholfen“, dass der „Kirchenbund eine notwendig gewordene Satzungs- und Namensänderung entgegen allen Weisungen der Geheimen Staatspolizei durchführen konnte“.¹¹⁴ Ähnlich drückte sich Schmidt in seinem Rechenschaftsbericht aus, in dem er sagte, dass es „nur dem unermüdlichen Bemühen“ Hauggs „zu verdanken“ gewesen sei, „dass es überhaupt zur Genehmigung kam“.¹¹⁵ Haugg selbst wies 1969 darauf hin, dass es seinen „großen Bemühungen“ zu verdanken gewesen sei, dass der Baptistenbund „in der Stille“ seine „Existenz bis zum Zusammenbruch fristen konnte“.¹¹⁶ Wie es Haugg aber gelang, die Zustimmung des RSHA zu erreichen, ist bis jetzt ebenso wenig genau zu klären, wie auch die Gründe für die Meinungsänderung der Gestapo. Hier

¹⁰⁹ KB für Dezember 1941.

¹¹⁰ Vgl. BAB, R 5101, 23399, Bl. 69, RKM an das Reichssicherheitshauptamt, 12.3.1942.

¹¹¹ Ebd.: „Die eingereichte Satzungsänderung wird gemäß Ziffer 2 des Beschlusses“ der preußischen Regierung bezüglich der „Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts“ an den baptistischen Bund „hierdurch staatsaufsichtlich genehmigt“. In einer Notiz hielt Haugg fest, dass der zuständige Sachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt Hahenbruch ihm mitgeteilt habe (30.10.1942), dass man dort „keine Bedenken“ mehr hinsichtlich der „Satzungsänderung“ habe. Außerdem habe Hahenbruch erklärt, dass die Akten „in Verlust geraten“ seien (BAB, R 5101, 23399, Bl. 72).

¹¹² *Riemenschneider*, *Begegnungen*, 12.

¹¹³ KB für November 1942.

¹¹⁴ Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland, NW 1023-5403, Entnazifizierungsakte Haugg, Erklärung von P. Schmidt, 28.7.1948.

¹¹⁵ *Schmidt*, *Unser Weg*, 5.

¹¹⁶ Privatarchiv Kretzer, Haugg an R. Kretzer, 5.11.1969; ungewollt treffend hat Haugg mit dieser Formulierung die Situation der Freikirchen im nationalsozialistischen Deutschland beschrieben: Mehr als ein „fristen“ konnte man es nicht nennen.

könnte eine Äußerung Schmidts von 1946 weiterhelfen, nach der es Haugg gelungen sei, „unter Ausnutzung einer sich ihm bietenden günstigen Gelegenheit“ die Genehmigung zu erreichen; leider präzisiert Schmidt hier nicht, was darunter konkret zu verstehen ist.¹¹⁷ Möglich wäre es, bei dieser Formulierung an die besondere personelle Konstellation im Herbst 1942 im RSHA zu denken. Im Mai d. J. war auf den bisherigen Chef, Heydrich, ein Attentat verübt worden, an dessen Folgen er Anfang Juni verstarb.¹¹⁸ Da – wie oben vermutet wurde – Heydrich im Herbst 1941 die Vereinigung der beiden Bünde abgelehnt hatte, fiel damit ein entscheidender Hinderungsgrund weg.

Nach der Ermordung Heydrichs übernahm Himmler kommissarisch die Leitung des RSHA. Von Interesse ist daher die Frage, wer letztlich die Entscheidung traf. Anzunehmen ist, dass der zuständige Sachbearbeiter (Hahnenbruch), eine derart schwerwiegende Entscheidung nicht eigenmächtig getroffen haben wird. Wahrscheinlich ist es, dass Heinrich Müller, Leiter der Gestapo, der schon 1937 nichts gegen einen derartigen Zusammenschluss einzuwenden hatte, maßgeblich an dieser Entscheidung mitgewirkt oder sie sogar relativ eigenständig getroffen hat.¹¹⁹

5.3 Anfänge des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

Die ehemaligen BfC-Gemeinden profitierten erheblich von dem Zusammenschluss: Sie erlangten jetzt den Status einer „normalen“ – wenn man dies für die damalige Zeit überhaupt so sagen kann – freikirchlichen Glaubensgemeinschaft. Entscheidend war, dass das Beauftragtenwesen – angefangen von den Ortsbeauftragten – abgeschafft¹²⁰ und damit auch ein Stück der Einbindung in den NS- Staat überwunden wurde. Eine personelle Kontinuität war aber dadurch gegeben, dass die bisherigen Ortsbeauftragten jetzt Gemeindeleiter wurden.¹²¹ Auch die polizeiliche Überprüfung neu ein-

¹¹⁷ Schmidt, *Unser Weg*, 5.

¹¹⁸ Carsten Dams / Michael Stolle, *Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich*, München 2008, 50.

¹¹⁹ Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003, 693: „Dem Amtschefs ließ [Himmler] weitgehend Handlungsfreiheit“.

¹²⁰ Vgl. OAE, *Nachlass Luckey*, Luckey an Hoefs, 14.2.1941. Es heißt darin u. a. es sei so, dass vielen im BfC das 1937 eingeführte „Gerüst vom Reichsbeauftragten bis zum Ortsbeauftragten, d. h. dieses ausgesprochene Führersystem ... ein Dorn im Auge“ gewesen wäre. „Jetzt aber erhalten sie wieder ein normales Gemeindestatut, da sie den Schutz der Korporationsrechte erhalten“.

¹²¹ Vgl. dazu die Ausführungsbestimmungen zu Teil II, Punkte 4 und 5 der Verfassung des BEFG: Bei den ehemaligen BfC-Gemeinden „gelten“ die bisherigen OBe. als Gemeindeleiter (Amtsblatt des BEFG 10.1943, 2). Allerdings entsprach dies nicht den ursprünglich geäußerten Auffassungen, nach denen die OBe. keine geistlichen Aufgaben hätten. Siehe dazu auch Balders, 141: Nach einem Vorschlag des BfC würden „seit dem Zusammenschluss“ auch der „(geschäftsführende) Älteste“ in einer ehemaligen Baptistengemeinde die Bezeichnung „Gemeindeleiter“ tragen. In der Regel haben bis heute die evangelisch-freikirchlichen Gemeinden, die aus dem Baptismus kom-

getreter Gemeindemitglieder entfiel. Die Belastungen, die sich durch die staatlichen Vorgaben bei der Organisation des BfC ergeben hatten, hörten auf¹²² und die bisherigen BfC-Gemeinden – weil sie jetzt zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gehörten – konnten wieder Kollekten abhalten, ohne dass man diese besonders genehmigen lassen musste.¹²³

Was die Frage der praktischen Umsetzung der Vereinigung auf lokaler und bezirklicher Ebene anbelangt, muss die Kriegssituation berücksichtigt werden. Wie weit es – was man ja angestrebt hatte – zu einer Verschmelzung von Gemeinden kam, muss im Einzelfall geprüft werden. So schreibt beispielsweise W. Brockhaus, dass es in Wuppertal bald nicht mehr zu erkennen war, ob jemand von einer ehemaligen BfC-Gemeinde oder einer Baptistengemeinde kam.¹²⁴ Auch die Elim-Gemeinden interpretierten die neue Situation so, dass durch die Verfassungsänderung es erst jetzt zu einem wirklichen Zusammenschluss der Baptisten mit den Elim-Gemeinden gekommen sei.¹²⁵

Auf zwei Sachverhalte sei abschließend noch hingewiesen. So konnte nach der Klärung einiger Schwierigkeiten 1944 die endgültige Liquidierung der Grundstücke des ehemaligen BfC und ihre Übertragung auf den BEFG durchgeführt werden.¹²⁶ Gerade dieser Punkt sorgte nach dem Krieg aber für viele Konflikte.

Außerdem muss noch auf das Glaubensbekenntnis hingewiesen werden. So hatte man ja ausdrücklich die Klärung der Tauffrage mit Hinweis auf das noch zu erarbeitende Glaubensbekenntnis aufgeschoben. Im September 1941 hatten Luckey (Theologisches Seminar Hamburg) und Sauer (Bibelschule Wiedenest) den Auftrag von der Bundesleitung erhalten, ein Glaubensbekenntnis zu erarbeiten. Im Juli 1943 legten beide dann dem Arbeitsausschuss der BL einen Entwurf vor; im Oktober beschloss dann die Bundesleitung, dass die Vorlage noch einmal überarbeitet werden sollte, dieser Text sollte dann vom Arbeitsausschuss der Bundesleitung angenommen werden.¹²⁷ Dieses geschah dann Ende Februar/Anfang März.¹²⁸

men, einen Pastor (früher Prediger) und einen Gemeindeleiter, der nicht hauptamtlicher Mitarbeiter ist.

¹²² So auch *Carl Koch / Fritz Surmann*, Was soll nun werden? Ein Wort an unsere Geschwister, Dillenburg 1946, 7f.: Man hätte es doch im BfC als „Belastung angesehen“, wenn man die „Mitglieder der Polizei melden musste“ und dass der Staat eine Organisation verlangt habe. Als man sich mit den Baptisten zusammenschließen konnte, sei man „froh“ gewesen, „den BfC auflösen zu können“. Alle bisherigen „Belastungen“ verschwanden: „es gab keine Meldung mehr bei der Polizei, wir konnten unsere Organisation aufbauen, ohne Auflagen des Staates zu beachten“.

¹²³ Es heißt in der Verfassung, die am 1.11.1942 in Kraft trat, dass der Haushalt der örtlichen Gemeinde u. a. durch Kollekten gedeckt werden sollte. Auch die Mustersatzung für ehemalige BfC-Gemeinden spricht von Kollekten.

¹²⁴ *Walter Brockhaus*, Gottes Weg mit mir, Wuppertal 1970, 68.

¹²⁵ Vgl. *Hampel*, 15.

¹²⁶ Vgl. *Liese*, 433 ff.

¹²⁷ OAE, Protokoll der BL, 14./15.10.1943, 92.

Der Text weist zum einen zeitbedingte Elemente auf; so besonders in Artikel 9 „Von den natürlichen Ordnungen“.¹²⁹ Andererseits konnte bezüglich der Bedeutung der Gemeinde das „individualistische“ Verständnis früherer Glaubensbekenntnisse überwunden, in dem sehr präzise die Gemeinde als eine göttliche Schöpfung herausgestellt wurde.¹³⁰ Aber auch hier wie schon in der Verfassung findet sich in Artikel 6 über die Gemeinde kein Hinweis auf den Zusammenhang von Gemeindemitgliedschaft und Taufe: Christus „macht alle, die das neue Leben aus Gott empfangen haben, zu Gliedern seines Leibes“.¹³¹ Auch hier ist der Einfluss des Brüdertums deutlich erkennbar.

6. Resümee

Es ist noch einmal daran zu erinnern, dass die Entstehung des BEFG im Kontext der Vereinigungsbemühungen gesehen werden muss; dabei wurde von Anfang an betont, dass ein Zusammenschluss ohne die FeG undenkbar sei. Entscheidende Bedeutung kommt nun hier dem ersten Kasseler Gespräch zu, weil zum einen Vertreter der FeG nicht anwesend waren, zum anderen sich die Teilnehmer – und hier besonders Becker vom BfC – für einen wirklichen Zusammenschluss und damit gegen eine mehr oder minder lose Dachorganisation aussprachen. Das Geschehen bis 1939 war letztlich durch den Sachverhalt bestimmt, dass man die FeG unbedingt bei dem Projekt dabei haben wollte, sich diese aber letztlich mehr für eine Dachorganisation aussprachen.¹³² Als sich das Scheitern dieses Planes immer deutlicher abzeichnete, wurden dann Forderungen nach einem Zweierbund anstatt des Dreierbundes laut.

Die Initiative zu den konkreten Vereinigungsbemühungen im Herbst 1940 ging dann eindeutig von Becker aus, er fand in Schmidt einen Verhandlungspartner, der diesen Bund unbedingt wollte; beide fanden die nötige Unterstützung in ihren jeweiligen Führungsgremien. Becker konnte dabei seine Ziele durchsetzen: alle BfC- Gemeinden konnten sich in „normale“ freikirchlichen Gemeinden verwandeln und jetzt an den Körperschaftsrechten des neuen Bundes partizipieren; die religiöse Eigenständigkeit war garantiert, auf Grundpositionen der Brüderversammlungen (Name, Taufverständnis) wurde Rücksicht genommen. Dieses pragmatische Interesse war aber eingebunden in seine theologischen Grundüberzeugungen, nach denen es ein Existenzrecht für die Brüderbewegung als besondere „Kon-

¹²⁸ OAE, Protokoll des Arbeitsausschusses der BL, 29.2./1.3.1943, 102.

¹²⁹ AB, Nr. 6 (10.6.1944); vgl. *Balders*, 116.

¹³⁰ *Swarat*, Der Gemeindebund, 20 u. 22.

¹³¹ AB, Nr. 6 (10.6.1944); vgl. *Balders*, 116; *Andreas Liese*, Taufverständnisse in der Brüderbewegung, in: *Zeitschrift für Theologie und Gemeinde* 12 (2007), 272-286.

¹³² So auch P. Schmidt in seiner Rede auf der 30. Bundesversammlung (OAE, Bundesversammlung, Rede Schmidt, 22.2.1941, 1f.).

fession“ nicht mehr geben sollte, sondern die Brüder in einer großen Einheitsorganisation der Freikirchen ihren besonderen religiösen Akzent setzen sollten.¹³³ Mit dem BEFG war damit ein Anfang gemacht worden.

Auch für Schmidt spielten sicherlich pragmatische Gründe im Herbst 1940 eine entscheidende Rolle; aber auch hier zeigten sie sich in theologische Grundüberzeugungen eingebettet. Schwierig ist es sicherlich, pragmatische, allgemeinpolitische und theologische Gründe auseinander zu dividieren. Bei der Bewertung ist allerdings zu berücksichtigen, dass nach der Ablehnung der Vereinigung durch die Gestapo im September 1941 den Verantwortlichen langsam klar wurde, wie sehr ihre Absichten nicht mehr den Zielen maßgeblicher Kräfte des Regimes entsprachen. Die Behauptung ist deshalb möglich, dass dem Wunsch nach Bildung eines gemeinsamen Bundes doch eine geistliche Motivation zu Grunde lag.

Sicherlich kann man, wie Luckey es schon Ende der 1950er Jahre sagte, den Zusammenschluss zum BEFG auf Grund seiner zeitgeschichtlichen Bedingtheiten nicht als einen ökumenischen Modellfall für die Vereinigung von Freikirchen bezeichnen. Aber dass man auch bei sehr weit auseinander liegenden theologischen Traditionen einen Weg zueinander finden kann, dafür könnte die Entstehung des BEFG ein Beispiel geben. Allerdings handelte es sich dabei um einem Prozess, dem die Verankerung in der Gemeindebasis fehlte – dies zeigt sich deutlich an der Entwicklung nach 1945.

¹³³ Vgl. *Liese*, 399.

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

- Archiv des Arbeitskreises „Geschichte der Brüderbewegung“, Wiedenest
 - Bestand Jordy
 - Bestand Zeiger
- Bundesarchiv Berlin (BAB)
 - Bestand 5101 (RKM)
- Oncken-Archiv Elstal/Wustermark
 - Sitzungen der Bundesleitung des Bundes der Baptistengemeinden, des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden und des Arbeitsausschusses der Bundesleitung.
 - Nachlass Luckey
- Privataarchiv Kretzer
 - Brief von W. Haugg an Kretzer
 - Bericht von der Konferenz der ehemaligen BfC-Gemeinden in Wuppertal-Elberfeld
- Staatsarchiv Leipzig

2. Unveröffentlichte Manuskripte

Hampel, Dieter, Die Elimbewegung und ihre Stellung innerhalb des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R., unveröffentlichte Seminarabschlussarbeit Buckow (Oncken-Archiv, Elstal)

[*Riemenschneider, Willi*] Geschichtliche Daten des BfC, o. O. o. J. (Archiv Wiedenest)

3. Periodika und Drucksachen

Amtsblatt des Bundes der Baptistengemeinden in Deutschland und des Bundes freikirchlicher Christen, Berlin 1941-1945

Bundespost (Rundbriefe aus dem Bundeshaus des Bundes der Baptistengemeinden bzw. des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden; erscheint seit 1935)

Kurzberichte des Bundeshauses des Bundes der Baptistengemeinden bzw. des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

Rundschreiben des Bundes freikirchlicher Christen

¹⁸ *Staw*, *Der Geschwinn* 20 S. 22.

¹⁹ AB, Nr. 6 (18.6.1944); vgl. *Briefe* 116; *Andreas Liese*, *Textverständnis in der Brüderbewegung*, in: *Zeitschrift für Theologie und Gesellschaft* 12 (2007), 272-286

²⁰ So auch P. Schmidt in seiner Rede auf der 20. Bunderversammlung (1944-1945) *Bunderversammlung, Brief Schmidt* 277 (1941, 11).

4. Gedruckte Quellen und Literatur

- Balders, Günther*, Kurze Geschichte der deutschen Baptisten, in: *ders.* (Hg.), Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. Festschrift 150 Jahre Baptistengemeinden in Deutschland, Wuppertal/Kassel 1984, 17-167
- Brockhaus, Walter*, Gottes Weg mit mir, Wuppertal 1970
- Bund freier evangelischer Gemeinden (Hg.), Bundesbericht 1940/41. Für die Amtsträger und Mitarbeiter in den verbundenen Freien evangelischen Gemeinden, Witten (Ruhr) 1941
- Dams, Carsten / Stolle, Michael*, Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich, München 2008
- Dittert H.*, Die Elim-Chronik, nachgezeichnet und persönlich miterlebt von H. Dittert, Dokumente des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP-Doc-086), o.J.
- Jordy, Gerhard*, Die Brüderbewegung in Deutschland, Bd. 3, Wuppertal 1986
- Kretzer, Hartmut* (Hg.), Quellen zum Versammlungsverbot des Jahres 1937 und zur Gründung des BfC. Mit einer historischen Einordnung und Kommentaren des Herausgebers, Neustadt/Weinstraße 1987
- Lange, Ernst*, Die Überwindung der Konfessionen, in: Die Tenne 15 (1937), 11 ff., 37 ff., 65 ff.
- Liese, Andreas*, Verboten, geduldet, verfolgt. Die Religionspolitik des Nationalsozialismus gegenüber der Brüderbewegung, Hammerbrücke, 2., durchgesehene Auflage, Hammerbrücke 2003
- Luckey, Hans*, Äußerer Zwang und innere Motive. War der Zusammenschluß dreier taufgesinnter Gruppen im Jahr 1941 ein Modellfall für kirchliche Einigung? in: Die Gemeinde, 3 (1960), 4-6; 4 (1960), 4-6
- Menk, Friedhelm*, Die Brüderbewegung im Dritten Reich. Das Verbot der „Christlichen Versammlung“ 1937, Bielefeld 1986
- Riemenschneider, Willi*, Begegnungen und Bemühungen um Zusammenschluß der deutschen Freikirchen von 1937 bis 1941, in: Die Gemeinde, 21 (1969), 11f.
- Ders.*, Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden. Bericht über seine Entwicklung, in: Die Gemeinde, 32/33 (1974), 6ff. 7f.
- Strübind, Andrea*, Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im „Dritten Reich“, 2. verb. Aufl., Wuppertal 1995
- Dies.*, Die deutschen Baptisten und der Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Theologie und Gemeinde 7 (2002), 177-194
- Wildt, Michael*, Die Generation des Unbedingten, Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003